

perspektiven des demokratischen
sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
36. Jahrgang 2019 Heft 2
ISBN 978-3-7410-0233-5
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e. V.
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga
Grebing (†), Leo Kißler, Richard Saage und
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Claußen, Klaus Faber (†),
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Klaus Kost, Jens Kreibaum, Hendrik Küpper,
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber, Ro-
land Popp, Lisa Price, Sibylle Reinhardt,
Lars Rensmann, Moritz Rudolph, Hans-Joachim
Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang
Schroeder, Joachim Spangenberg, Heinrich Tie-
mann, Gert Weißkirchen
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen
Scherer (verantwortl.), Kira Ludwig, Hendrik Küpper
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu *perspektivends* und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis € 12,80, Jahresabo € 22,00 incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Booksfactory, Stettin

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Doch aus Weimar lernen?

perspektivends
2/19

INHALT

EDITORIAL	4	Johano Strasser Die rechtspopulistische Herausforderung – Wie damit umgehen?	63
AKTUELL			
Gero Neugebauer SPD neu denken Bemerkungen zur SPD nach den Wahlen 2019	10	Horst Heimann Wehrhafte Demokratie gegen Rechtspopulisten und willige Helfer – von links und aus der Mitte!	75
SCHWERPUNKT: DOCH AUS WEIMAR LERNEN?			
Nikolas Dörr Die Bedeutung der Weimarer Republik für die SPD	17	Franziska Schmidtke Wissen schafft Demokratie? Aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung	95
Siegfried Heimann Legenden über Anfang und Ende der Weimarer Republik	24	BEITRÄGE UND DISKUSSION	
Andreas Braune Das demokratische Dutzend 12 Grundsatzentscheidungen der Weimarer Reichsverfassung	33	Hans-Joachim Schabedoth Die SPD auf Suche nach einer neuen Führung	99
Kerstin Wolff Frauenrechte in der Weimarer Republik – endlich gleichberechtigt?	47	Martin Gorholt Brandenburger Erfahrungen	106
Sibylle Reinhardt Politische Bildung Das Prinzip der Kontradiktorik zur Zeit der Weimarer Republik und der Beutelsbacher Konsens in der Bundesrepublik	56	Wolfgang Thierse, Gert Weißkirchen Die Partei des Mutes	111
		Hagen Weiler 2019: Die SPD zwischen Grün/Rot gegen die AfD	113
		Armin Pfahl-Traugher Der demokratische Sozialismus der <i>Democratic Socialists of America</i> Auffassungen und Entwicklung der größten sozialistischen Organisation der USA	118

Petra Hoffmann 30 Jahre nach der Herbstrevolution 1989	130	Hendrik Küpper Überlegungen zum Verhältnis von Sozial- demokratie und politischer Bildung	178
Edgar Einemann Liefen Michael Hardt und Antonio Negri die versprochene Alternative zum globalen Kapitalismus?	133	Daniel Al-Kayal Faschismus heute? Zur Aktualität Polanyis	185
Klaus-Jürgen Scherer Rechts abgegeben Gedankensplitter zur politischen Kultur	146	Jan Dieren Das neue SPD-Führungsduo und der Sozialismus	193

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Daniela Rütter, Karsten Rudolph Dauerstellen gegen den «Volkstod» Warum die AfD sich um den Mittelbau an den Universitäten kümmert	156
Ralf Ludwig Science-Slam im Ministerium für Bildung und Forschung Von Milchkannen, Batterien und künstlicher Intelligenz	159

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper Vorwort: Gespaltene Gesellschaft? Gefährdungen der Demokratie	165
Gespräch mit Sabine Achour «Politische Bildung muss besonders dort gestärkt werden, wo sie am meisten gebraucht wird»	166
Jérôme Buske, Tina Sanders Über Möglichkeiten und Grenzen der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit	170

REZENSIONEN UND BERICHTE

Laura Clarissa Loew Emilia Smechowski: <i>Rückkehr nach Polen</i>	198
Klaus Leesch Tom Stroh Schneider: <i>Eduard Bernstein</i>	201
Konrad Lindner Rolf Reißig: <i>Transformation von Gesellschaften</i>	204
Ulrich Horb Hans-Rainer Sandvoß: <i>Arbeiterwider- stand in der Provinz Brandenburg</i>	210
Nikolas Dörr Rainer Eckert: <i>SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit</i>	214
Gert Keil Tagung <i>Sozialdemokratie am Wendepunkt</i>	216
Klaus-Jürgen Scherer In Memoriam Erhard Eppler	219
Hans-Joachim Schabedoth Zum Gedenken an Achim von Loesch	222
Autorinnen und Autoren	224

EDITORIAL

100 Jahre danach können wir erleben, wie das Interesse an der Weimarer Republik gewachsen ist. Diese wird nicht mehr nur auf ihren umkämpften Beginn und ihr tragisches Ende reduziert, was ja beides in Weimar, von den Idealen der Klassik bis zum KZ Buchenwald auf dem Ettersberg, besonderen Ausdruck fand.

So sprach der Volksbeauftragte Friedrich Ebert vor der Weimarer Nationalversammlung im Februar 1919 davon, jetzt endlich müsse der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen. Zuvor hatte er formuliert:

«Es wird in der ganzen Welt angenehm empfunden werden, wenn man den Geist von Weimar mit dem Aufbau des neuen Reiches verbindet.»¹

Auf der anderen Seite wurde Weimar

«Sitz der ersten rein nationalsozialistischen Landesregierung, die in Deutschland vor der Machtübertragung an Hitler durch Hindenburg regiert, und es gibt kaum eine andere Stadt in Deutschland, in der sich der ›Führen so gern und so oft aufhält‹.²

Wenn auch die Macht der alten Eliten zu wenig gebrochen wurde, wenn auch der Industriekapitalismus für viele weiterhin Armut, Ausbeutung und Überlebenskampf bedeutete, bei allen Fragezeichen und Fehlern im Einzelnen werden die Erfolge der Weimarer Republik jetzt stärker in den Blick genommen: Phasen gewisser Stabilität und gelungene Reformen, die demokratische Verfassung, die kulturelle Moderne, Frauenrechte, Sozialstaatlichkeit, Betriebsräte, gelungene Kommunalpolitik usw.

Es war die Mehrheitssozialdemokratie, die gegen manche Illusion der Räterepublik und gegen das gewaltsame Modell der Russischen Revolution von 1917 die Nationalversammlung, allgemeine Wahlen und die parlamentarische Demokratie durchsetzte.

«Und wer die Geschichte der parlamentarischen Demokratie, des Rätewesens und der daraus oft hervorgehenden Diktatur seitdem kennt, weiß heute, 100 Jahre später, dass dies die richtige Entscheidung war»³,

dem grundsätzlichen Urteil von Jürgen Kocka ist zuzustimmen. Allerdings, ob dies die einzig mögliche Alternative war, wird – auch in Beiträgen dieses Heftes – umstritten bleiben. Vielleicht hätte es die Weima-

1 Friedrich Ebert 14. Januar 1919. In: Walter Mühlhausen, *Friedrich Ebert in Weimar und Schwarzburg 1919*. Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, Erfurt 2019, S. 5.

2 Peter Merseburger, *Mythos Weimar. Zwischen Geist und Macht*, Stuttgart 1998, S. 10/11.

3 Jürgen Kocka, Die gegenwärtige Krise der Sozialdemokratie – eine historische Perspektive. In: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 12/2019, S. 6.

rer Republik stabiler gemacht, wenn differenziertere und stärker auf Strukturbruch setzende sozialdemokratische Positionen, die es auch in der MSPD und erst recht in der USPD gab, eine Chance gehabt hätten.

Bonn wurde zwar nicht Weimar.⁴ Und Berlin ist es auch nicht. Dennoch erinnern manche aktuellen Krisensymptome der Berliner Republik an die viel zitierten «Weimarer Verhältnisse»: Die dritte Große Koalition seit 2005 blieb, obwohl sie sich selbst eine positive Halbzeitbilanz ausstellte, erzwungen und ungeliebt. Für viele schien die Regierung, obwohl sie sozialdemokratische Inhalte umsetzte, nicht mehr mit den gesellschaftlichen Entwicklungen schrittzuhalten. Gegen Ende von Merkels Kanzlerschaft wirkt das Land erschöpft und für die SPD verschärften sich in den letzten Jahren Abwärtstrend und Führungskrise. Die Volksparteien der Mitte verloren an Prägestärke, zerbröseln gar auf historische Tiefstände. Das Parteiensystem ist mit sechs (statt einst zweieinhalb) Parlamentsparteien fragmentierter denn je. Schwierige, lagerübergreifende und instabile, gar Minderheits-Regierungsbildungen bleiben üblich. Eine neue Protestwelle macht sich in der «Funktionskrise des Kapitalismus» (Oliver Nachtwey) bemerkbar, mit – von Pegida über Pulse of Europe bis zu Fridays for Future – ganz unterschiedlichen Weltbildern. Es gibt erneut eine, sozialwissenschaftlich vielfältig analysierte⁵, tiefe sozioökonomische und kulturelle Spaltung der Gesell-

schaft. Rechte Demokratiefunde erstarken und sitzen in den Parlamenten; es kommt zu Anfeindungen und Einschüchterungen⁶ und zu rechten Gewalttaten⁷, gar zum Rechtsterrorismus⁸ mit politischen Morden und Attentatsversuchen.

Zukunftsängste, Niedergangsprognosen und Untergangsphantasien erhielten in den letzten Jahren eine neue Qualität.

«Die Angst vor dem Abstieg ist so allgegenwärtig, dass der nervöse Blick regelmäßig auf die Zwanziger und frühen Dreißigerjahre fällt: «Weimar» soll wieder als Folie für eine aktuelle Krisenbeschreibung taugen.»⁹

Nicht nur eine politische Streitschrift des Ehepaars Münkler will sich damit nicht abfinden:¹⁰

«Wer sich, so die Autoren, der großen Angsterzählung und der bewusst in Umlauf gebrachten Untergangsszenarien anschließe, stoße den Keil noch tiefer in die Gesellschaft hinein, der heute gerade von Rechtspopulisten in den öffentlichen Diskurs getrieben wird.»¹¹

4 Ein Buchtitel wurde zum geflügelten Wort: Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956.

5 Vgl. Wolfgang Merkel, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst / Ina Kubbe / Thomas Poguntke (Hg.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017.

6 Die Bürgermeisterin von Arnsdorf bei Dresden, die nach 18 Jahren wegen der Bedrohung durch Rechte ihr Bürgermeisteramt aufgegeben hat, ist kein Einzelfall. «Angstmüde», in: *Die Zeit* 5. Dezember 2019, S. 79.

7 «Die politische Kriminalität von Neonazis und anderen rechten Tätern wächst auch in diesem Jahr mit hoher Geschwindigkeit. Die Polizei hat [...] in den ersten drei Quartalen bereits 14311 Straftaten festgestellt, darunter 625 Gewalttaten». In: *Der Tagesspiegel*, 23. Nov. 2019, S.4.

8 Siehe zum «Rechtsterrorismus» *APuZ* 49–50/2019.

9 *Die Zeit* 21. Nov. 2019, S. 81.

10 Vgl. Marina und Herfried Münkler, *Abschied vom Abstieg. Eine Agenda für Deutschland*, Berlin 2019.

11 *Die Zeit* a. a. O.

Wolfgang Thierse und Gert Weißkirchen sprechen in ihrem Manifest in diesem Heft von der SPD als «Partei des Mutes».

Doch wie schlecht die Stimmung tatsächlich ist, darauf verwies im November 2019 eine Umfrage des Allensbach-Instituts, die einen erdrutschartigen Verlust des Vertrauens in die regierenden Parteien konstatiert, die Probleme des Landes zu lösen:

«Während 2015 noch 81 % der befragten Bürger das politische System in Deutschland für stabil hielten, sind es heute nur noch 57 %, die Qualität der Regierung halten nur noch 26 % für überzeugend.»¹²

Natürlich ist der heutige Rechtspopulismus etwas anderes als der historische Nationalsozialismus. Heutige antidemokratische Ideologien, selbst völkisch-rassistischer und kulturidentitärer Rechtsradikalismus, erreichen nicht Tiefe und Systematik des Gewaltpotenzials der totalitären Macht im 20. Jahrhundert. Das männlich-gewaltorientierte Körperbild¹³ aus dem faschistisches Bewusstsein entstehen kann, war nach den charakterlichen Verwüstungen des Ersten Weltkriegs in den rechtsradikalen Freicorps der 1920er-Jahre natürlich verbreiteter als in der heutigen spätmodernen «Gesellschaft der Singularitäten»(Andreas Reckwitz) – doch verschunden ist es in der Neuen Rechten nicht. Darauf verwies jüngst Klaus Theweleit mit einem Zitat von Björn Höcke (AfD):

«Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken. Denn nur wenn wie unsere Männ-

lichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft. Und nur wenn wir mannhaft werden, werden, werden wir wehrhaft, und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!»¹⁴

Nicht alles, was rechts ist, ist gleich Faschismus – aber vieles ist derart im Fluss, dass es dies durchaus werden könnte. Autoritarismus, Nationalismus, Islamophobie, Antisemitismus, Angriffe auf Demokratie, Meinungs- und Kunstfreiheit, grenzüberschreitende Tabubrüche, Geschichtsrevisio-nismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit¹⁵, Gewaltverherrlichung im Internet, Vernunft und Argumenten entzogene Kommunikationsblasen von Hate-Speech und Fake News, fließende Bewegungsübergänge zu Neonazis – das alles bereitet den Boden. Die Dynamiken des Aufstiegs und der zunehmenden Radikalisierung scheinen ungebrochen, «der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch»¹⁶.

Nicht zu vergessen, dass für die SPD auch in der Weimarer Republik das Spannungsverhältnis zwischen den «zwei Seelen der Sozialdemokratie» (Franz Walter), zwischen pragmatischem Regierungshandeln und oppositionellem utopischen Überschuss charakteristisch war. Dem, was durch SPD-Regierungsbeteiligungen möglich war (und das ist rückblickend einiges),

12 *Der Tagesspiegel* 21. Nov. 2019, S.2.

13 Vgl. Klaus Theweleit, *Männerphantasien. Bd. 1. Frauen, Fluten, Körper, Geschichte. Bd. 2. Männerkörper. Zur Psychoanalyse des weißen Terrors*, Frankfurt a.M. 1978.

14 Muss man «wehrhaft werden» nicht als «bewaffnen» verstehen? In: Klaus Theweleit, *Der Wille zum Töten. Von maskuliner Gewalt zum Rechtsterrorismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2019, S. 97.

15 Vgl. die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Andreas Zick / Beate Küpper / Wilhelm Berghan, *Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn 2019, S. 53 ff.

16 Mit diesen Worten endet bekanntlich die Parabel «Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui» von Bertolt Brecht.

standen weitergehende Ziele sozialistischer Umgestaltung gegenüber, worauf etwa das Heidelberger SPD-Programm (1925) verweist, dort ist

«die demokratische Republik [...] der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus».

Damals wie heute geht es für die SPD schief, wenn Realpolitik und Vision zum Gegensatz gefrieren.

«Entscheidend ist vielmehr, dass sie ihre beiden Pole – den rigiden Vernunft- und Verantwortungsbegriff ihrer Amts- und Mandatsträger und die bisweilen melancholische Emotion ihrer Funktions- und Mitgliederschicht – so zueinander in Beziehung setzt, dass sich Vernunft und Leidenschaft nicht nur nicht widersprechen, sondern sich gegenseitig befeuern»¹⁷,

so der Vorsitzende des SPD-Kulturforums Carsten Brosda mit Blick auf die Gegenwart.

Aus der Vergangenheit lernen: Weimar und die deutsche Demokratie. Unter diesem Motto veranstaltete die HDS e.V. am 18.-20. Oktober 2019 eine Tagung im wunderschön wiedererstandenen Weimar gemeinsam mit dem Verein Weimarer Republik e.V., ermöglicht durch die Friedrich-Ebert-Stiftung (Landesbüro Thüringen).¹⁸

Carsten Schneider, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestags-

fraktion und MdB aus Erfurt, wies eingangs im dortigen Goethe- und Schiller-Archiv darauf hin, «dass man aus der Geschichte extrem viel lernen kann», dazu seien gerade Stätten des demokratischen Aufbruchs und der Freiheitsbewegungen hilfreich im Kampf gegen rechts. Der Blick auf die erste deutsche Demokratie und die Weimarer Erregungenschaften verweise auf das sozialdemokratische Streben, das Leben der «kleinen Leute» zu verbessern und Regierungen des sozialen Ausgleichs zu bilden – angesichts zunehmender gesellschaftlicher Spaltung wieder äußerst aktuell. Gerade auf ihren Beitrag zur deutschen Demokratiegeschichte könne die SPD wirklich stolz sein. – Wir dokumentieren im Schwerpunkt dieser *perspektivends* zentrale Beiträge der Weimarer Tagung.

Weitere Analysen dieses Heftes beziehen sich, wie kann es anders sein, auf die schwierige Lage der heutigen SPD, die nach einem 15-20-jährigen Niedergang der Versuchung erlag, den «Überdruß an verordneter Zufriedenheit» (so Walter-Borjans) abzuschütteln. Nach dem Rückzug von Andrea Nahles führte ein halbjähriges, experimentelles und stark basisdemokratisches, Verfahren zu einer «gegenderten» Doppelspitze. Überraschend setzte sich mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans gegen den Vizekanzler Olaf Scholz mit Klara Geywitz ein Kandidatenpaar durch, das einen Bruch mit der bisherigen Führungsreserve, größere Basisnähe, einen stärkeren Linkskurs der SPD, größere Skepsis gegenüber der Groko und eine Schärfung des SPD-Profiles gegenüber der Union versprach.

Im Jahr 2019 war die Krisenwahrnehmung in der SPD höchst gespalten. Liegt der Niedergang daran, dass die SPD ihre ei-

17 Carsten Brosda, *Die Zerstörung. Warum wir für den gesellschaftlichen Zusammenhalt streiten müssen*, Hamburg 2019, S. 166.

18 Besonderer Dank hierfür gebührt Michael Schultzeiß, Prof. Dr. Michael Dreyer, Kira Ludwig und Dr. Irina Mohr (kjs).

genen großen Regierungsleistungen nicht genug lobt? Oder umgekehrt daran, dass die SPD in schwierigen Regierungskompromissen zu wenig erkennbar blieb und diese auch noch als 100%-ige Erfolge verkauft? Erste programmatische Erneuerungen mündeten noch nicht in einer durchdringenden Erzählung. Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Führung konnten nicht zurückgewonnen werden, bundesweit sackte die SPD auf unter 15% ab; in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen liegt sie mittlerweile um traurige 10%.

Der SPD-Parteitag im Dezember 2019 bestätigte den in der SPD-Geschichte historisch seltenen Fall eines (im internationalen Vergleich allerdings gemäßigten) traditionell linkssozialdemokratischen Politikwechsels. Gleichzeitig sorgte er mit einer breit aufgestellten erneuerten Führung und einem konsensualen programmatischen Aufbruch für innerparteilichen Zusammenhalt, auch durch Absage an den sofortigen Ausstieg aus der Groko. Vielleicht war dem ein oder anderen auch präsent, dass das letzte Mal, als die SPD eine Große Koalition hat platzen lassen, am 27. März 1930, Heinrich Brüning, Franz von Papen und das baldige Ende der Weimarer Republik folgten.

Das eindeutige Mitgliedervotum lag nicht nur an den gut organisierten Jusos (die schließlich die SPD von morgen sind!), sondern verweist auch auf den weltweiten Trend hin zur Anti-Politik¹⁹ und zur Deprofessionalisierung von Politik. Da gab es auch den Moment des Aufstands von unten, ge-

wissermaßen der *somewheres* aus den Regionen gegen die da oben im Berliner Establishment. Dies sollte jedoch nicht als wirre Emotion und bloße Oppositionssehnsucht, eben als Populismus, denunziert werden, wie dies im *Tagesspiegel* zu lesen war:

«Der Populismus hat in einer Partei gesiegt, die bislang ihre Werte der Aufklärung hochhielt, die sich immer gegen die Revolution entschieden hatte, weil sie der Rationalität, der Berechenbarkeit und Kontinuität im Fortschritt verpflichtet war.»²⁰

Dies sahen viele Mitglieder offenbar genau andersherum. War es nicht längst irrational und unvernünftig, den Kurs neoliberaler Abwege und «diffuser Mittigkeit» mit den gleichen Personen am Abgrund ewig fortzusetzen? Der demokratische Befreiungsschlag von unten könnte, so die Kalkulation, die Möglichkeit zu mehr Selbstbewusstsein und «SPD-pur» eröffnen, mit dem Ziel den eigenen gesellschaftspolitischen Zukunftsentwurf besser erkennbar zu machen.

Sicher hinterließ der Parteitag, bei mancher Personalentscheidung auch unnötige, Beschädigungen. Aber die Mutmaßung, nun sei die SPD mit der Neuaufstellung erst recht dem Untergang geweiht, könnte auch mit Kränkungen und mangelnder Anerkennung zu tun haben. Immerhin hatten pragmatische Regierungsozialdemokraten in fleißiger Abarbeitung des Koalitionsvertrages aus einem 20%-Wahlergebnis einen mehr als 50%-Einfluss gemacht. Und mussten sich jetzt – *Undank ist der Welten Lohn* – abgestraft fühlen. Doch ist damit wirklich ausgemacht, dass die neue Verbindung aus stärkerem Linkskurs und Nachbesserungen in der Koalition notwen-

19 Italien, wo sich das Parteiensystem schon in den 1990er-Jahren zerstörte, ist mit seiner «Sardinen»-Bewegung auf der Piazza, einer «Quadratur der Antipolitik», einer Antipolitik gegen die Antipolitik (besonders des faschistoiden Matteo Salvini/Lega, aber auch von Mov5Stelle), bereits einen Schritt weiter.

20 *Der Tagesspiegel* 2. Dezember 2019, S. 1.

digerweise in den politischen Selbstmord führen wird? Eröffnen sich nicht auch neue Chancen? Warten wir es ab.

Auch die Mitglieder der HDS e.V. haben, wie uns viele Gespräche zeigten, in der Stichwahl etwa zur Hälfte das eine und zur Hälfte das andere Team gewählt. Man wünscht sich jetzt die Gelassenheit eines ehemaligen Parteivorsitzenden, der seine Lebenserfahrung zum Besten gab, auf der Kirmes könne man halt nur mit denen tanzen, die auf dem Parkett sind. Und mehr soziale Gerechtigkeit, höhere Besteuerung der Vermögen, ein neues Sozialstaatskonzept und Umverteilungspolitik, mehr gesellschaftlicher Zusammenhalt, Kindergrundversicherung, stärkerer Klimaschutz, mehr Zukunftsinvestitionen, bessere Bildungspolitik, friedlichere Außenpolitik – diese Stichworte sind keineswegs nostalgische Altlasten, sondern verweisen auf aktuelle Themen der neuen Zeit. Und Olaf Scholz, als der mit Abstand in der Bevölkerung beliebteste Politiker der SPD, ist ja keineswegs aus dem Rennen, wenn es demnächst um die Kanzlerkandidatenfrage geht.

Vielleicht hat die SPD nochmals eine Chance, auch weil die Ära Merkel zu Ende geht – und kann das Bündnis erneuern zwischen denjenigen, die Solidarität brauchen und denjenigen, die bereit sind, Solidarität zu geben. Die neue Parteiführung (mit vielen noch wenig bekannten Gesichtern) muss hier Überzeugungsarbeit, neuen partizipativen Stil, innerparteiliche Offenheit und programmatische Orientierung (die Grundlagen hat der Parteitag gelegt) liefern – und könnte, wenn es gut geht, an ihren Aufgaben wachsen. Auf der anderen Seite haben gerade Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ein Anrecht auf besondere Rückendeckung für ihre schwierige, direkt-demokratisch ja besonders legitimierte,

Führungsaufgabe. Gegen Ende 2019 hielten sich Skepsis und Zustimmung noch die Waage, in der Sonntagsfrage blieb die SPD schlecht, eine Mehrheit war pessimistisch, dass die Neuen die SPD zum Erfolg führen könnten, jedoch zwei Drittel bis drei Viertel fanden die klareren politischen Positionen von höheren Investitionen bis zur Vermögenssteuer richtig.

Gelebte Solidarität («wann wir schreiten Seit' an Seit'»), ein anderer diskursiver Umgang miteinander und inhaltliche Schärfung («mehr Umverteilung und Klimaschutz wagen») über die Groko hinaus – das könnte die eigentliche Lektion für 2020 sein.

Zudem enthält auch dieses Heft wieder einen eigenständigen, von Hendrik Küpper betreuten Teil *junge Perspektiven*. Die Bedeutung der Jungsozialisten außerhalb und innerhalb der Hochschulen, auch deren innerparteiliche und mediale Präsenz, ist gewachsen. Die Wahl der neuen Parteivorsitzenden war auch deren Erfolg. Besonders das steigende Interesse an der Auseinandersetzung mit inhaltlichen, theoretischen, programmatischen und historischen Fragen könnte für die Zukunft der SPD langfristig entscheidender sein als manche flüchtige Aufgeregtheit aus der Tagespolitik.

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung der HDS e.V. wurde Prof. Gert Weißkirchen neu in den Vorstand gewählt. Ansonsten gehören ihm in den nächsten zwei Jahren weiterhin an: Prof. Dr. Nils Diederich, Dr. Horst Heimann, Prof. Dr. Klaus Kost, Hendrik Küpper, Kira Ludwig, Prof. Dr. Ralf Ludwig, Andreas Müggenburg, Lisa Price, Prof. Dr. Sibylle Reinhardt, Prof. Dr. Lars Rensmann, Dr. Hans-Joachim Schabedoth, Dr. Klaus-Jürgen Scherer, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Heinrich Tiemann.

Kira Ludwig / Klaus-Jürgen Scherer